

Unsere Politik für den Mittelstand

– Ziele, Maßnahmen, Leistungen –

1. Die Lage des Mittelstandes nach 13 Jahren SPD-Regierung

Die Regierung Helmut Kohl trat ihr Amt in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland an. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gleichzeitig verletzt:

- Das Bruttonsozialprodukt schrumpfte.
- Die Inflationsrate lag über fünf Prozent.
- Die deutsche Leistungsbilanz war schon im dritten Jahr negativ.
- Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich in 13 Jahren verzehnfacht.

Vor allem für die Unternehmen waren die Folgen dieser Politik erschreckend: Vor 1970 bis 1982 stieg die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche von 4201 auf 15876 an. Die Zahl der Selbständigen ist im gleichen Zeitraum um 366 000 zurückgegangen. Wesentliche Ursachen dafür waren:

- der Anstieg der Unternehmensbelastung durch Steuern und Abgaben;
- die Verschlechterung der Eigenkapitalausstattung;
- die zunehmende Bürokratisierung der Wirtschaft.

Anstieg der Steuer- und Abgabenlast

Unter den SPD-Regierungen war die Staatsquote laufend gestiegen. Der Anteil der Ausgaben des Staates am Bruttonsozialprodukt war von 1969 bis 1982 von 36,6 Prozent bis auf 50 Prozent angewachsen. Zur Finanzierung dieser ausufernden Staatstätigkeit wurden Steuern und Abgaben immer mehr erhöht. Was der Staat an angeblicher zusätzlicher Daseinsvorsorge zur Verfügung stellte, muß-

ten Bürger und vor allem Unternehmen selbst bezahlen, soweit es nicht über höhere Verschuldung späteren Generationen aufgebürdet wurde. So ist das Steueraufkommen von 1970 bis 1982 um 146 Prozent gestiegen, die Sozialabgaben sind um 221 Prozent angewachsen.

Bis 1982 hatten Steuern und Abgaben eine Höhe erreicht, die die Funktionsfähigkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung zunehmend beeinträchtigte. So war der Anteil der Steuern und sonstigen Abgaben am Bruttosozialprodukt von 1969 bis 1982 um rund fünf Prozentpunkte auf 42,5 Prozent gestiegen. Allein in den Jahren 1980 bis 1982 sind unter der SPD-Regierung Steuer- und Abgabenerhöhungen von über 16 Milliarden Mark in Kraft getreten. Und wenn die SPD weiter regiert hätte, wären bis 1984 zusätzliche Steuer- und Abgabenerhöhungen von über 30 Milliarden Mark wirksam geworden.

Gebühren und Beiträge werden bei der Beurteilung der Abgabenbelastung oft außer acht gelassen. Indessen belasteten diese Staatseinnahmen im Jahr 1981 Bürger und Wirtschaft mit 37,5 Milliarden Mark. Das Aufkommen von Gebühren und Beiträgen liegt damit um etwa 20 Prozent über der veranlagten Einkommensteuer und ist fast doppelt so hoch wie das Körperschaftsteueraufkommen. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Belastung mit Gebühren und Beiträgen beträgt bereits über 600 Mark im Jahr.

Ein deutliches Anzeichen für die Überbelastung der Wirtschaft ist die Zunahme der Schwarzarbeit. Von 1978 bis 1982 hat sich die Summe der dafür gezahlten Bußgelder nahezu verdoppelt. Die verhängten Bußgelder erfassen jedoch nur die Spitze des Eisberges. Das Emnid-Institut hat bei einer Umfrage festgestellt, daß acht Prozent aller Arbeiter gelegentlich oder regelmäßig schwarzarbeiten. Nach einer Ermittlung von Allensbach arbeiten 3,3 Millionen Bürger schwarz. Eine Studie des Internationalen Arbeitsamtes bestätigt diese Zahlen.

Verschlechterte Eigenkapitalausstattung

Die Folge der gestiegenen Steuer- und Abgabenbelastung in den siebziger Jahren war, daß immer mehr Unternehmen von der Substanz leben mußten. Diese Auszehrung der Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen nahm bedrohliche Formen an. **Nach Analysen der Deutschen Bundesbank ist der Anteil des Eigenkapitals an den Gesamtmitteln der Unternehmen seit 1965 von etwa 30 Prozent auf 18,5 Prozent im Jahre 1982 zurückgegangen.** In fast allen vergleichbaren westlichen Industrieländern ist die Eigenkapitalausstattung besser.

Zunehmende Bürokratisierung

In den zurückliegenden Jahren wurden vor allem kleine und mittlere Unternehmen von den bürokratischen Auswüchsen hart getroffen. Nach Untersuchungen des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen entstanden für Handwerksbetriebe durch diese Bürokratiebelastung Kosten von jährlich 44 505 Mark, das ist mehr als der durchschnittliche Bruttogewinn der untersuchten Unternehmen.

Bezeichnend ist auch, daß die kleinen Unternehmen zeitlich und kostenmäßig 14 mal so stark belastet werden wie Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern. Jeder Mitarbeiter in kleinen Unternehmen verursacht Bürokratiekosten von 6 846 Mark, in Unternehmen mit über 100 Beschäftigten sind es 493 Mark je Mitarbeiter. Die Bürokratie belastet also umgekehrt proportional zur Betriebsgröße.

Das Institut für Mittelstandsforschung der Universitäten Köln und Bonn und der Bund der Steuerzahler haben mittlerweile für die Industrie wie auch für die gesamte Wirtschaft vergleichbare Analysen durchgeführt und sind dabei zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat ermittelt, daß die Gesamtkosten der privaten Wirtschaft für vom Staat übertragene Verwaltungsleistungen in der Zeit zwischen 1971 und 1980 von 21,6 auf 42,8 Milliarden Mark angewachsen sind.

2. Ziele und Maßnahmen unserer Mittelstandspolitik

Selbständigkeit ist ein Kennzeichen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Mittelstand nimmt in der Sozialen Marktwirtschaft bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und bei der beruflichen Ausbildung eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe wahr. Dazu eine Datenübersicht der Forschungsgruppe Bonn des Institutes für Mittelstandsforschung:

- 99,8 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen können als mittelständische Unternehmen bezeichnet werden.
- 64 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.
- 55 Prozent aller besteuerbaren Umsätze werden von kleinen und mittleren Unternehmen getätigt.
- 54 Prozent des privaten Brutto-Inlandsproduktes und

- 48 Prozent des gesamten Brutto-Inlandsproduktes werden in mittelständischen Unternehmen erbracht.
- 41 Prozent aller Investitionen der Wirtschaft entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen.

Nimmt man die herausragende Ausbildungsfunktion des Mittelstandes hinzu — 90 Prozent aller Auszubildenden finden hier ihre Lehrstelle —, so zeigt die Übersicht, daß kleine und mittlere Unternehmen einen gewichtigen Beitrag zur Verwirklichung von Wohlstand und sozialer Sicherheit für alle leisten. So wohl das Grundsatzprogramm der CDU wie auch die auf dem Stuttgarter Bundesparteitag im Mai 1984 beschlossenen Leitsätze unterstreichen daher die große Bedeutung des Mittelstandes für unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die CDU mißt die Fülle der Einzelmaßnahmen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik daran, wie sie zur Stärkung des Mittelstandes, der Sozialen Marktwirtschaft und unserer offenen Gesellschaft beitragen.

In der Sozialen Marktwirtschaft muß jeder mit den Gestaltungs- und Mitwirkungsrechten, die ihm diese Ordnung bietet, Verantwortung übernehmen. Deshalb muß es Ziel der Mittelstandspolitik sein, Selbständigkeit und Eigenverantwortung in allen Lebensbereichen zu fördern.

Wer aber selbständig und eigenverantwortlich handelt, muß auch nachteilige Folgen selbst tragen und darf sie nicht auf andere abschieben. Das bedeutet aber auch, daß Ertrag dem zukommt, der ihn durch Übernahme von Risiko und Leistung erzielt. Unsere Politik will für den Mittelstand keinen Naturschutzwald und kein Subventionsparadies, sondern die Wiederherstellung der Chancengleichheit für kleinere und mittlere Unternehmen.

Förderung von Existenzgründungen

Firmengründungen stärken Wachstum und Beschäftigung. Die Gründung neuer Unternehmen wird heute schon durch eine Reihe von Programmen von Bund und Ländern gefördert. Die Wirksamkeit dieser Programme muß verbessert werden, auch durch eine intensivere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. **Der Wille zur Existenzgründung soll vor allem durch verbesserte Rahmenbedingungen, insbesondere für mittelständische und technologie-orientierte Unternehmen unterstützt werden.** Denn wo zu wenig Unternehmen auf dem Markt sind, wird auch zu wenig unternommen. Wo anders sollen neue Ideen und Impulse, neue Produkte und Produktionsverfahren erdacht und durchgesetzt werden als in beweglichen, marktorientierten Unternehmen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die soziale Sicherheit der Bundesrepublik

Deutschland sind sehr stark von möglichst vielfältigen und zukunftsorientierten unternehmerischen Aktivitäten abhängig.

Bei der Gründung neuer Existenzen ist der Eigenkapitalmangel häufig der entscheidende Engpaß. Die bislang geltenden Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder konzentrieren sich im wesentlichen auf die Förderung der Finanzierung von Fremdkapital. Sie müssen daher umgeschichtet werden zugunsten gesetzlicher Möglichkeiten für ein erleichtertes und steuerbegünstigtes Ansparen von Eigenkapital zur Gründung selbständiger Existenzen. Die materielle Förderung sollte zeitlich befristet und degressiv gestaltet werden. Durch die Gründung solide finanziert neuer selbständiger Existenzen werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen — ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und gleichzeitig zur mittelfristigen Absicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Der Weg in die Selbständigkeit ist nicht einfach. Wissenschaftler der Universität Köln haben einen Fehlerkatalog zusammengestellt, der wichtige Gründe für das Scheitern von Existenzgründern aufzeigt: Neun von zehn Gründern verzichten im entscheidenden Anfangsstadium auf den Rat von Fachleuten. Diese mangelnde Information führt dazu, daß drei von vier Existenzgründern die angebotenen öffentlichen Fördermittel nicht nutzen. Das wichtige Hilfsmittel der Existenzgründungsberatung sollte daher möglichst vielen Bürgern bekanntgemacht werden.

Verbesserung der Eigenkapitalausstattung

Die Bewältigung des Strukturwandels und die Erhaltung der internationalen Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft setzen die Entwicklung und Anwendung zukunftsorientierter Techniken sowie ausreichendes Eigenkapital unserer Unternehmen voraus. Eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung ist notwendig, weil die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft die Risiken des Strukturwandels zu tragen haben. Deshalb muß den Unternehmen genügend Eigenkapital als Risikokapital zur Verfügung stehen.

Nach der Senkung der ertragsunabhängigen Steuern durch die Regierung Helmut Kohl werden die Entlastungen bei der Einkommensteuer die Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung insbesondere der kleineren Unternehmen verbessern. Auf längere Sicht müssen die noch bestehenden steuerlichen Benachteiligungen der Eigen- und Beteiligungsfinanzierung abgebaut werden. Es muß attraktiver werden, Kapital im Unternehmen zu belassen, als es anderweitig risikolos und zinsgünstig anzulegen. Die Eigenkapitalausstattung wird

dann wieder steigen, wenn die Gewinne der Unternehmen die Erträge auf risikolose Geldanlagen übertreffen.

Kleine und mittlere Unternehmen haben eine besonders hohe Innovationskraft. Ihre Kapitalausstattung ist aber häufig zu gering, um Innovationen finanzieren zu können. **Die Bildung von Risikokapital muß in Zukunft deutlich begünstigt werden.** Lösungen bieten hier

- eine Änderung des Börsenrechts, die auch kleineren Unternehmen den leichteren Zugang zum Aktienmarkt verschafft, um dort Risikokapital finden zu können;
- die Vereinfachung der Übertragung von Unternehmensanteilen;
- die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen im Risikokapitalverkehr durch Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und ein Abbau der Gesellschaftssteuer;
- eine zeitlich begrenzte steuerliche Besserstellung für neugegründete Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich auf die Wagnisfinanzierung konzentrieren.

In der Bundesrepublik Deutschland ist genügend Kapital vorhanden, das eine rentierliche Anlage sucht. Es gilt, dieses Kapital, das heute in Milliardenbeträgen in unproduktive Anlagen fließt, in wachstumsträchtige Bahnen umzuleiten.

Abbau bürokratischer Lasten

Immer mehr Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen drohen alle Lebensbereiche zu überwuchern. **Daher sind einschneidende Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft unerlässlich.** Dies gilt insbesondere für das Baurecht, das Gewerbe- und Lebensmittelrecht sowie für die Vorschriften zur Erstellung von Statistiken.

Auch das Ladenschlußgesetz sollte baldmöglichst überprüft werden. In diese Überprüfung sollte einbezogen werden, in welchem Umfang flexible Öffnungszeiten neben mehr Verbraucherfreundlichkeit auch mehr Möglichkeiten zur Arbeitsplatzteilung bieten. Bei der Diskussion über Möglichkeiten beweglicherer Ladenöffnungszeiten werden wir nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Belange des Einzelhandels, insbesondere auch der Familienbetriebe, einbeziehen. Es wird darum gehen, die Kostensituation und -entwicklung im Handel zu untersuchen und die eventuell auftretenden Personalprobleme zu prüfen. **Es geht uns nicht um eine beliebige Ausweitung der La-**

denöffnungszeiten, sondern darum, die Wettbewerbsfähigkeit des kleinen und mittelständischen Handels zu stärken und eine rechtzeitige Anpassung an neue Bedingungen des Marktes zu ermöglichen. Denn auch in Zukunft wollen wir ein ausgewogenes Nebeneinander kleiner, mittlerer und großer Vertriebsformen im Einzelhandel gewährleistet sehen.

Privatisierung

Mit der Entbürokratisierung eng verbunden ist die Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens. Die in den letzten Jahren bedenklich gestiegene Staatsquote hat den Privatsektor in seiner Entfaltung gehemmt. Das Subsidiaritätsprinzip — soviel Eigenverantwortung wie möglich, soviel Staat wie nötig — ist in den siebziger Jahren vielfach unbeachtet geblieben.

Ein Weg zur Absenkung der Staatsquote ist die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Der Bund ist an 958 Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Auch die Länder und Gemeinden verfügen über einen umfangreichen Beteiligungsbesitz, so daß die öffentliche Hand insgesamt mit Abstand der bedeutendste Eigentümer an Beteiligungen ist.

Die CDU will den Staat auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Daher sollen die staatlichen Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz und der gesellschaftlichen Notwendigkeit überprüft werden. In Bund, Ländern und Gemeinden wollen wir staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen soweit wie möglich privatisieren. Auch dadurch wird der Spielraum für private Initiative und Leistung erweitert und der Wettbewerb gestärkt.

Begrenzung der Nebentätigkeit

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst müssen abgebaut werden. Der öffentliche Dienst ist in besonderem Maße dem Allgemeinwohl verpflichtet. Es widerspricht dieser Verpflichtung, wenn sich zu einer Zeit mit über zwei Millionen Arbeitslosen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in ihrer Freizeit zum Teil in wettbewerbsverzerrender Art am Erwerbsleben beteiligen und damit die Arbeitsplätze anderer gefährden. Die geltenden gesetzlichen Regelungen sind oft unzureichend, um Mißbräuche zu verhindern. Auch können sie die Berufschancen der freien Berufe und der Beschäftigten in der freien und gewerblichen Wirtschaft vermindern.

Mehr denn je müssen heute alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zusätzliche Beschäftigungschancen zu schaffen. Hierzu soll neben anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch die Begrenzung der Nebentätigkeiten von Angehörigen des öffentlichen Dienstes beitragen.

Forschungspolitik für den Mittelstand

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine informationsorientierte Gesellschaft, in der schöpferische Fähigkeiten eine größere Bedeutung erhalten. Die neuen Technologien sind daher nicht nur Ursache des Wandels der Beschäftigungsformen, sondern zugleich Anstoß für neue und zusätzliche Dienstleistungen in Information und Beratung, Bildung und Kultur, Freizeit und Sozialarbeit.

Um den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren, müssen wir unseren Wohlstand erhalten und die Arbeitslosigkeit abbauen. Das setzt voraus, daß wir die Anteile der deutschen Wirtschaft auf nationalen und internationalen Märkten sichern und nach Möglichkeit vergrößern. Eine dynamische und innovationsfreudige Unternehmensstätigkeit ist dafür unerlässlich. Dies gilt in besonderem Maße für kleine und mittlere Unternehmen. Große Anpassungsfähigkeit an die Gegebenheiten des Marktes und Beweglichkeit bei der Produktion, kurze Informationswege und Entscheidungsfähigkeit im Unternehmen sowie vor allem das persönliche Engagement und der Einfallsreichtum der Unternehmer sind die wichtigsten Merkmale mittelständischer Unternehmen, die sie für unsere Volkswirtschaft unentbehrlich machen.

Diese Qualitäten werden in einer Welt des schnellen technischen Wandels noch wichtiger, als sie es bisher schon waren. So sehr der Mittelstand Innovationen benötigt, so sehr benötigen auch die Innovationen den Mittelstand. Denn gerade für die rasche Umsetzung von Basistechnologien in Innovationen sind kleine und mittlere Unternehmen besonders gut geeignet. Neue Untersuchungen haben gezeigt, daß Großunternehmen hier keinen Vorsprung besitzen.

Deshalb muß die Eigeninitiative der Unternehmen zur Forschung und Entwicklung gestärkt und der Suchfunktion des Marktes mehr Geltung verschafft werden. Dazu müssen die Fördermaßnahmen indirekt ansetzen. Nicht einzelne Firmen sollen durch direkte Projektförderung einzelne Zuwendungen erhalten, sondern indirekte Förderinstrumente sind für den gesamten Mittelstand einzusetzen. Wettbewerbsverzerrungen und bürokratischer Aufwand werden dadurch verringert. Die Unternehmen können die Inhalte ihrer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen frei von staatlicher Einflußnahme und orientiert an den Erfordernissen des Marktes in eigener Verantwortung bestimmen.

3. Die Leistungen der Regierung Helmut Kohl für kleine und mittlere Unternehmen

Seit dem Regierungswechsel geht es mit der Wirtschaft unseres Landes wieder aufwärts:

- **Im September 1984 ist die Preissteigerung mit 1,5 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 1968 gesunken.** Die SPD-Regierung hatte sich mit einer Inflationsrate von 5,3 Prozent verabschiedet.
- **Das Bruttonsozialprodukt wächst.** Nach Jahren des Rückgangs (1981: —0,3 Prozent; 1982: —1,1 Prozent) ist es 1983 erstmals wieder um 1,3 Prozent gestiegen und wird 1984 voraussichtlich um etwa 2,5 Prozent wachsen.
- **Die Arbeitsmarktlage beginnt sich zu verbessern.** Zu Beginn des Jahres 1984 ging die Zahl der Arbeitslosen um 5 Prozent zurück. Diese Entwicklung wird auch durch den Streik nicht dauerhaft gebremst werden können.
- **Die deutsche Leistungsbilanz ist wieder positiv.** Der Saldo der Leistungsbilanz stieg um 38,5 Milliarden Mark von minus 28,5 Milliarden im Jahre 1980 auf plus 10 Milliarden Mark im Jahre 1983.

Bei der Verfestigung des wirtschaftlichen Wachstums und bei der Bewältigung der strukturellen Herausforderungen räumte die Regierung Helmut Kohl den mittelständischen Unternehmen einen besonderen Stellenwert ein. Sie hat daher bereits wichtige Schritte unternommen, um den Mittelstand von unnötigen Reglementierungen zu befreien, Existenzgründungen und neue Technologien zu fördern und den Investitionswillen zu stärken. Die Steuerpolitik der Bundesregierung zielt auf eine Begrenzung der Abgabenquote sowie auf die Schaffung eines wachstumsfreundlichen Steuersystems. Daher steht mittelfristig eine umfassende und den Progressionseffekt mindernde Reform des Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer im Vordergrund.

Steuerentlastungen

Die vorgesehene Tarifreform fügt sich als dritte Stufe in eine Reihe von Steuerentlastungsmaßnahmen für den Mittelstand ein. Zunächst wurde die Wirtschaft im Rahmen des Dringlichkeitsprogramms vom Herbst 1982 bei der Gewerbesteuer entlastet. In einer zweiten Stufe wurden der gewerblichen Wirtschaft Erleichterungen bei der Vermögensteuer gewährt und — vor allem für kleine und mittlere Unternehmen — Abschreibungserleichterungen eingeführt.

Die Erfolge bei der Sanierung der Staatsfinanzen haben die Regierung Helmut Kohl sehr schnell dazu ermutigt, die größte Steuerentlastung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in zwei Stufen in die Wege zu leiten. Besonders hervorzuheben ist dabei, daß bei der Finanzierung dieser Reform auf eine Anhebung der Verbrauchsteuern verzichtet wird. 1986 soll neben der Erhöhung der Kinderfreibeträge der Grundfreibetrag für Ledige um 324 auf 4536 Mark und für Verheiratete um 648 auf 9072 Mark erhöht werden. Dadurch werden die Steuerzahler um insgesamt 2,1 Milliarden Mark entlastet. Für den Einstieg in die Tarifreform verbleiben dann noch etwa 3,7 Milliarden Mark, so daß die Steuerentlastung 1986 insgesamt 11 Milliarden Mark ausmachen wird.

Ab 1. Januar 1988 soll der neue Tarif mit der Gesamtentlastung von rund 15 Milliarden Mark voll in Kraft treten. Die ab 1988 wirksame Steuerentlastung soll dann vor allem den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen zugute kommen, die unter der Steuerprogression in besonderer Weise leiden. Auch die Investitionsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen wird auf diese Weise gestärkt.

Förderung von Existenzgründungen

Die Regierung Helmut Kohl sieht in der Förderung von Existenzgründungen eine weitere dringliche Aufgabe. Deshalb hat sie die Förderung von Existenzgründungen, insbesondere das Eigenkapitalhilfeprogramm und das ERP-Mittelstandsprogramm, ab 1. Januar 1983 deutlich verbessert. **Seither ist die Zahl der Existenzgründungen stark angewachsen. 1983 förderte allein die Lastenausgleichsbank 16 500 Gründungsvorhaben (1982: 12 400) mit einem Fördervolumen von 1,3 Milliarden Mark.** Damit wurden die Existenzgründungsprogramme dieses Mittelstandsförderungsinstituts des Bundes im vergangenen Jahr so stark wie noch nie in Anspruch genommen. Ein besonders starker Zuwachs wurde beim Eigenkapitalhilfeprogramm gemeldet, das die Regierung Helmut Kohl durch bessere Bedingungen attraktiver gestaltet hat. Hier stiegen die zur Verfügung gestellten Mittel von 95 Millionen DM im Jahr 1982 auf 370 Millionen DM im Jahr 1983. **Durch die Finanzierungshilfen der Bank wurden allein 1983 80 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.**

Für 1984 ist nochmals eine Steigerung der Hilfen für Existenzgründungen vorgesehen. So meldete die Lastenausgleichsbank für das erste Halbjahr 14 762 Förderzusagen für Kredite und Bürgschaften zur Existenzgründung, das entspricht einer Zunahme um mehr als 30 Prozent. Dies zeigt: **Die von der Regierung Helmut Kohl durchgesetzten Verbesserungen der Existenzgründungshilfen**

des Bundes haben einen entscheidenden Anstoß zum Aufbau vieler neuer selbstständiger Existenzen gegeben; eine Existenzgründungswelle ist in Gang gekommen.

Zur Beherrschung und Nutzung neuer Techniken, zur Entwicklung und Herstellung neuer Produkte und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit hat die Bundesregierung ein **Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen im Bereich hochwertiger Technologien** eingeführt. Dieses Programm soll in den nächsten Jahren erheblich aufgestockt werden. Gleichzeitig plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Förderung der Risikokapitalbildung vor allem in jungen Unternehmen.

Abbau bürokratischer Lasten

Hohe Bedeutung mißt die Regierung Helmut Kohl dem Abbau bürokratischer Lasten bei, von denen die mittelständische Wirtschaft besonders betroffen ist. **Die Bundesregierung hat deshalb nachhaltige Maßnahmen zur Entbürokratisierung sowie zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung beschlossen:**

- Für das Baurecht ist die Überarbeitung des Bundesbaugesetzes, des Städtebaurechts und anderer Vorschriften mit dem Ziel in Auftrag gegeben, noch in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Baugesetz vorzulegen.
- Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur Bereinigung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften vorlegen.
- Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung der Gewerbeordnung wurde bereits vom Deutschen Bundestag beschlossen.
- Mit einer Sammelverordnung sollen die preis-, außenwirtschafts- und gewerberechtlichen Bestimmungen durchforstet werden.
- Der Bundesfinanzminister wird die steuerrechtlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder überprüfen sowie das Steuerrecht insgesamt vereinfachen.
- Das Bundesarbeitsministerium hat bereits eine Reihe ausbildungshemmender Vorschriften abgebaut und wird damit fortfahren.
- Die Regierung Helmut Kohl tritt mit Nachdruck für den Abbau der Regelungsdichte in der EG ein.

Privatisierung von Bundesbeteiligungen

Zudem will die Regierung die Beteiligungen des Bundes an einigen Industrieunternehmen in den kommenden Jahren ganz oder teilweise veräußern. Auch die Privatisierung von Dienstleistungsbetrieben soll vorangetrieben werden. Über eine entsprechende Vorlage des Bundesfinanzministers soll noch in diesem Jahr entschieden werden. Dabei wird auch zu bedenken sein, in welchem Umfang die Privatisierungserlöse zu weiteren Erleichterungen bei der Gründung neuer Existenzen eingesetzt werden können.

Alle diese Maßnahmen belegen: Die Regierung Helmut Kohl setzt auf den Mittelstand, um die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu lösen. Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen hat die Wirtschaft bereits spürbar belebt. Damit ist eine entsprechende Voraussetzung für die politische und soziale Stabilität unseres Landes geschaffen.

Diese Dokumentation erscheint auch als Broschüre. Sie kann ab 22. Oktober unter den üblichen Bedingungen beim

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Versmold

bestellt werden.

Bestell-Nr.: 5596

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM